

Ausgabe
in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

Inhalt

I Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte

- ★ **Verordnung (EG) Nr. 1788/95 der Kommission vom 24. Juli 1995 zur Einstellung des Wittlingfangs durch Schiffe unter französischer Flagge** 1
- ★ **Verordnung (EG) Nr. 1789/95 der Kommission vom 24. Juli 1995 zur Einstellung des Kabeljaufangs durch Schiffe unter französischer Flagge** 2
- Verordnung (EG) Nr. 1790/95 der Kommission vom 25. Juli 1995 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1074/95 über die Eröffnung einer Dauerausschreibung für die Abgabe von 100 000 Tonnen Roggen der deutschen Interventionsstelle zur Verarbeitung in Spanien 3
- Verordnung (EG) Nr. 1791/95 der Kommission vom 25. Juli 1995 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1431/95 über die Eröffnung einer Dauerausschreibung für die Abgabe von 200 000 Tonnen Roggen der deutschen Interventionsstelle zur Verarbeitung in Spanien 4
- Verordnung (EG) Nr. 1792/95 der Kommission vom 25. Juli 1995 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1432/95 über die Eröffnung einer Dauerausschreibung für die Abgabe von 50 000 Tonnen Gerste der deutschen Interventionsstelle zur Verarbeitung in Sardinien 5
- ★ **Verordnung (EG) Nr. 1793/95 der Kommission vom 25. Juli 1995 zur Schätzung des Bedarfs für die Versorgung der Azoren und Madeiras mit Erzeugnissen des Reissektors und zur Regelung der Anpassung der für Gemeinschaftserzeugnisse zu gewährenden Beihilfen** 6
- ★ **Verordnung (EG) Nr. 1794/95 der Kommission vom 25. Juli 1995 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1315/93 mit den Kartoffelstärke des KN-Codes 1108 13 00 betreffenden Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EWG) Nr. 3834/90 des Rates, mit der die Abschöpfungen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse mit Ursprung in Entwicklungsländern gesenkt werden** 8

★ Verordnung (EG) Nr. 1795/95 der Kommission vom 25. Juli 1995 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 3238/94 zur Festlegung und Verwaltung der beweglichen Teilbeträge für bestimmte im Anhang der Verordnung (EG) Nr. 3448/93 des Rates genannte landwirtschaftliche Verarbeitungserzeugnisse mit Ursprung in Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik, Litauen, Lettland und Estland	9
★ Verordnung (EG) Nr. 1796/95 der Kommission vom 25. Juli 1995 mit Durchführungsbestimmungen für die Zahlung der Zuschüsse des Finanzinstruments für die Ausrichtung der Fischerei (FIAP) zu Strukturmaßnahmen im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 3699/93	11
★ Verordnung (EG) Nr. 1797/95 der Kommission vom 25. Juli 1995 zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2253/92 und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2883/94 mit der Bedarfsvorausschätzung für die Kanarischen Inseln für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die unter die Sonderregelung gemäß den Artikeln 2 bis 5 der Verordnung (EWG) Nr. 1601/92 des Rates fallen	17
★ Verordnung (EG) Nr. 1798/95 der Kommission vom 25. Juli 1995 zur Änderung des Anhangs IV der Verordnung (EWG) Nr. 2377/90 des Rates zur Schaffung eines Gemeinschaftsverfahrens für die Festsetzung von Höchstmengen für Tierarzneimittelrückstände in Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs	20
★ Verordnung (EG) Nr. 1799/95 der Kommission vom 25. Juli 1995 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2715/94 mit Sondervorschriften hinsichtlich der Ausgleichszahlungen für bestimmte landwirtschaftliche Kulturpflanzen auf Bewässerungsflächen	22
★ Verordnung (EG) Nr. 1800/95 der Kommission vom 25. Juli 1995 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 689/92 über das Verfahren und die Bedingungen für die Übernahme von Getreide durch die Interventionsstellen	24
★ Verordnung (EG) Nr. 1801/95 der Kommission vom 25. Juli 1995 zur Festsetzung des Höchstfeuchtigkeitsgehalts des in einigen Mitgliedstaaten im Wirtschaftsjahr 1995/96 zur Intervention angebotenen Getreides	25
★ Verordnung (EG) Nr. 1802/95 der Kommission vom 25. Juli 1995 zur Ausgleichung und Änderung bestimmter Preise und Beträge in den vor dem 1. Februar 1995 in Kraft getretenen Verordnungen für Milch und Milcherzeugnisse, deren Wert in Ecu wegen der Abschaffung des Korrekturfaktors der landwirtschaftlichen Umrechnungskurse angepaßt wurde	27
★ Verordnung (EG) Nr. 1803/95 der Kommission vom 25. Juli 1995 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2253/92 mit Durchführungsbestimmungen zur Sonderregelung für die Versorgung der Kanarischen Inseln mit Erzeugnissen des Weinsektors im Wirtschaftsjahr 1994/95	32
Verordnung (EG) Nr. 1804/95 der Kommission vom 25. Juli 1995 über die Einfuhrlizenzen für aus den Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean (AKP-Staaten) oder in den überseeischen Ländern und Gebieten (ÜLG) stammende Geflügelfleischerzeugnisse	35
Verordnung (EG) Nr. 1805/95 der Kommission vom 25. Juli 1995 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise	36
Verordnung (EG) Nr. 1806/95 der Kommission vom 25. Juli 1995 zur Änderung der im Zuckersektor für bestimmte Erzeugnisse geltenden repräsentativen Preise und zusätzlichen Einfuhrzölle	38

Verordnung (EG) Nr. 1807/95 der Kommission vom 25. Juli 1995 über die Festsetzung des Umfangs, in dem die im Juli 1995 gestellten Anträge auf Einfuhrlizenzen für bestimmte Produkte des Sektors Eier entsprechend der Verordnung (EG) Nr. 1474/95 genehmigt werden können	40
--	----

Berichtigungen

Berichtigung der Verordnung (EG) Nr. 1780/95 der Kommission vom 24. Juli 1995 über die Erteilung von Ausfuhrlicenzen für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse (ABl. Nr. L 173 vom 25. 7. 1995)	42
--	----

I

(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

VERORDNUNG (EG) Nr. 1788/95 DER KOMMISSION**vom 24. Juli 1995****zur Einstellung des Wittlingfangs durch Schiffe unter französischer Flagge**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2847/93 des Rates
vom 12. Oktober 1993 zur Einführung einer Kontrollre-
gelung für die gemeinsame Fischereipolitik ⁽¹⁾, insbeson-
dere auf Artikel 21 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Verordnung (EG) Nr. 3362/94 des Rates vom 20.
Dezember 1994 zur Festlegung der zulässigen Gesamt-
fangmengen und entsprechenden Fangbedingungen für
bestimmte Fischbestände oder Bestandsgruppen für
1995 ⁽²⁾, geändert durch Verordnung (EG) Nr. 746/95 ⁽³⁾,
sieht für 1995 Quoten für Wittling vor.

Zur Einhaltung der Bestimmungen bezüglich der
mengenmäßigen Beschränkungen der Fänge eines
Bestands, der einer Quote unterliegt, ist es notwendig, daß
die Kommission den Zeitpunkt festsetzt, an dem
aufgrund der Fänge durch Schiffe unter der Flagge eines
Mitgliedstaats die diesem zugeteilte Menge als ausge-
schöpft gilt.

Nach den an die Kommission mitgeteilten Angaben
haben die Wittlingfänge in den Gewässern des ICES-
Bereichs VIII durch Schiffe, die die französische Flagge

führen oder in Frankreich registriert sind, die für 1995
zugeteilte Quote erreicht.

Frankreich hat die Fischerei dieses Bestands mit Wirkung
vom 4. Juli 1995 verboten ; dieses Datum ist daher
zugrunde zu legen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Aufgrund der Wittlingfänge in den Gewässern des ICES-
Bereichs VIII durch Schiffe, die die französische Flagge
führen oder in Frankreich registriert sind, gilt die Frank-
reich für 1995 zugeteilte Quote als ausgeschöpft.

Der Wittlingfang in den Gewässern des ICES-Bereichs
VIII durch Schiffe, die die französische Flagge führen
oder in Frankreich registriert sind, sowie die Aufbewah-
rung an Bord, das Umladen und Anlanden solcher
Bestände, die durch diese Schiffe in diesen Gewässern
nach dem Tag der Anwendung dieser Verordnung
gefangen wurden, sind verboten.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentli-
chung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*
in Kraft.

Sie gilt mit Wirkung vom 4. Juli 1995.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 24. Juli 1995

Für die Kommission

Emma BONINO

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 261 vom 20. 10. 1993, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 363 vom 31. 12. 1994, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 74 vom 1. 4. 1995, S. 1.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1789/95 DER KOMMISSION
vom 24. Juli 1995
zur Einstellung des Kabeljaufangs durch Schiffe unter französischer Flagge

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2847/93 des Rates
vom 12. Oktober 1993 zur Einführung einer Kontrollre-
gelung für die gemeinsame Fischereipolitik ⁽¹⁾, insbeson-
dere auf Artikel 21 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Verordnung (EG) Nr. 748/95 des Rates vom 31. März
1995 zur Aufteilung bestimmter Fangquoten für in der
ausschließlichen Wirtschaftszone Norwegens und in der
Fischereizone um Jan Mayen fischende Fischereifahr-
zeuge auf die Mitgliedstaaten (1995) ⁽²⁾, sieht für 1995
Quoten für Kabeljau vor.

Zur Einhaltung der Bestimmungen bezüglich der
mengenmäßigen Beschränkungen der Fänge eines
Bestands, der einer Quote unterliegt, ist es notwendig, daß
die Kommission der Zeitpunkt festsetzt, an dem aufgrund
der Fänge durch Schiffe unter der Flagge eines Mitglied-
staats die diesem zugeteilte Menge als ausgeschöpft gilt.

Nach den an die Kommission mitgeteilten Angaben
haben die Kabeljaufänge in den Gewässern der ICES-
Bereiche I, II a, b (norwegische Gewässer nördlich von
62° 00' Nord) durch Schiffe, die die französische Flagge
führen oder in Frankreich registriert sind, die für 1995
zugeteilte Quote erreicht ; Frankreich hat die Fischerei

dieses Bestands mit Wirkung vom 4. Juli 1995 verboten ;
dieses Datum ist daher zugrunde zu legen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Aufgrund der Kabeljaufänge in den Gewässern der ICES-
Bereiche I, II a, b (norwegische Gewässer nördlich von
62° 00' Nord) durch Schiffe, die die französische Flagge
führen oder in Frankreich registriert sind, gilt die Frank-
reich für 1995 zugeteilte Quote als ausgeschöpft.

Der Kabeljaufang in den Gewässern der ICES-Bereiche I,
II a, b (norwegische Gewässer nördlich von 62° 00' Nord)
durch Schiffe, die die französische Flagge führen oder in
Frankreich registriert sind, sowie die Aufbewahrung an
Bord, das Umladen und Anlanden solcher Bestände, die
durch diese Schiffe in diesen Gewässern nach dem Tag
der Anwendung dieser Verordnung gefangen wurden, sind
verboten.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentli-
chung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*
in Kraft.

Sie gilt mit Wirkung vom 4. Juli 1995.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 24. Juli 1995

Für die Kommission

Emma BONINO

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 261 vom 20. 10. 1993, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 74 vom 1. 4. 1995, S. 18.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1790/95 DER KOMMISSION

vom 25. Juli 1995

zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1074/95 über die Eröffnung einer Dauer-
ausschreibung für die Abgabe von 100 000 Tonnen Roggen der deutschen Inter-
ventionsstelle zur Verarbeitung in Spanien

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates
vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verord-
nung (EG) Nr. 1664/95 der Kommission⁽²⁾, insbesondere
auf Artikel 5,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die bei einem Weiterverkauf von Getreide aus Beständen
der Interventionsstellen einzuhaltenden Verfahren und
Regeln sind durch die Verordnung (EWG) Nr. 2131/93
der Kommission⁽³⁾, geändert durch die Verordnung (EG)
Nr. 120/94⁽⁴⁾, festgelegt.

Es ist erforderlich, die in der Verordnung (EG) Nr.
1074/95 der Kommission⁽⁵⁾ vorgesehene letzte Teilaus-
schreibung auf einen späteren Zeitpunkt festzusetzen.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen
entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsaus-
schusses für Getreide —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Artikel 7 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1074/95
erhält folgende Fassung:

„(3) Die Angebotsfrist für die letzte Teilausschrei-
bung endet am 31. August 1995.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im
Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 25. Juli 1995

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992, S. 21.
⁽²⁾ ABl. Nr. L 158 vom 8. 7. 1995, S. 13.
⁽³⁾ ABl. Nr. L 191 vom 31. 7. 1993, S. 76.
⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 21 vom 26. 1. 1994, S. 1.
⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 108 vom 13. 5. 1995, S. 52.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1791/95 DER KOMMISSION

vom 25. Juli 1995

**zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1431/95 über die Eröffnung einer Dauer-
ausschreibung für die Abgabe von 200 000 Tonnen Roggen der deutschen Inter-
ventionsstelle zur Verarbeitung in Spanien**DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates
vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verord-
nung (EG) Nr. 1664/95 der Kommission⁽²⁾, insbesondere
auf Artikel 5,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die bei einem Weiterverkauf von Getreide aus Beständen
der Interventionsstellen einzuhaltenden Verfahren und
Regeln sind durch die Verordnung (EWG) Nr. 2131/93
der Kommission⁽³⁾, geändert durch die Verordnung (EG)
Nr. 120/94⁽⁴⁾, festgelegt.Es ist erforderlich, die in der Verordnung (EG) Nr.
1431/95 der Kommission⁽⁵⁾ vorgesehene letzte Teilaus-
schreibung auf einen späteren Zeitpunkt festzusetzen.Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen
entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsaus-
schusses für Getreide —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*Artikel 7 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1431/95
erhält folgende Fassung:„(3) Die Angebotsfrist für die letzte Teilausschrei-
bung endet am 31. August 1995.“*Artikel 2*Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im
Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften in Kraft.Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 25. Juli 1995

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992, S. 21.
⁽²⁾ ABl. Nr. L 158 vom 8. 7. 1995, S. 13.
⁽³⁾ ABl. Nr. L 191 vom 31. 7. 1993, S. 76.
⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 21 vom 26. 1. 1994, S. 1.
⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 141 vom 24. 6. 1995, S. 35.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1792/95 DER KOMMISSION

vom 25. Juli 1995

**zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1432/95 über die Eröffnung einer Dauer-
ausschreibung für die Abgabe von 50 000 Tonnen Gerste der deutschen Interven-
tionsstelle zur Verarbeitung in Sardinien**DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates
vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Getreide ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verord-
nung (EG) Nr. 1664/95 der Kommission ⁽²⁾, insbesondere
auf Artikel 5,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die bei einem Weiterverkauf von Getreide aus Beständen
der Interventionsstellen einzuhaltenden Verfahren und
Regeln sind durch die Verordnung (EWG) Nr. 2131/93
der Kommission ⁽³⁾, geändert durch die Verordnung (EG)
Nr. 120/94 ⁽⁴⁾, festgelegt.Es ist erforderlich, die in der Verordnung (EG) Nr.
1432/95 der Kommission ⁽⁵⁾ vorgesehene letzte Teilaus-
schreibung auf einen späteren Zeitpunkt festzusetzen.Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen
entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsaus-
schusses für Getreide —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*Artikel 7 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1432/95
erhält folgende Fassung :„(3) Die Angebotsfrist für die letzte Teilausschrei-
bung endet am 31. August 1995.“*Artikel 2*Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im
Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften in Kraft.Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 25. Juli 1995

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission⁽¹⁾ ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992, S. 21.⁽²⁾ ABl. Nr. L 158 vom 8. 7. 1995, S. 13.⁽³⁾ ABl. Nr. L 191 vom 31. 7. 1993, S. 76.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 21 vom 26. 1. 1994, S. 1.⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 141 vom 24. 6. 1995, S. 39.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1793/95 DER KOMMISSION

vom 25. Juli 1995

zur Schätzung des Bedarfs für die Versorgung der Azoren und Madeiras mit Erzeugnissen des Reissektors und zur Regelung der Anpassung der für Gemeinschaftserzeugnisse zu gewährenden Beihilfen**DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —**

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1600/92 des Rates vom 15. Juni 1992 zur Einführung von Sondermaßnahmen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse zugunsten der Azoren und Madeiras ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3290/94 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 10,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Durchführungsbestimmungen für die Versorgung der Azoren und Madeiras mit bestimmten landwirtschaftlichen Erzeugnissen wurden durch die Verordnung (EWG) Nr. 1696/92 der Kommission ⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2596/93 ⁽⁴⁾, festgelegt.

Zur Anwendung von Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1600/92 ist die zur Versorgung der Azoren und Madeiras mit Erzeugnissen des Reissektors erforderliche Bedarfsvorausschätzung zu erstellen. Die in dieser Bilanz ausgewiesene Gesamtmenge kann nötigenfalls nach Maßgabe des örtlichen Bedarfs während eines Wirtschaftsjahres geändert werden.

Zur Anwendung von Artikel 3 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1600/92 sollte die Beihilfe angepaßt werden können, die für die Lieferung von Erzeugnissen des Reissektors mit Herkunft aus der Gemeinschaft gewährt wird. Damit ist zu verhindern, daß bereits vor der Ernte beihilfefähige Lieferverpflichtungen für das kommende Wirtschaftsjahr eingegangen werden. Außerdem ist sektorspezifischen Handelsgewohnheiten Rechnung zu tragen. Die Beihilfe sollte nach Maßgabe des Unterschieds zwischen

den Interventionsankaufspreisen angepaßt werden, die in dem Monat gelten, in dem die Beihilfebescheinigung beantragt bzw. in dem die Lizenzmenge angerechnet wird. Diese Anpassung müßte ab 1. Juli 1995 erfolgen, d. h. dem Tag, ab dem die Verordnung (EG) Nr. 3290/94 auf dem Sektor Reis angewendet wird.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Getreide —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die in der Bedarfsvorausschätzung ausgewiesenen Mengen an Erzeugnissen des Reissektors, die aus Drittländern zollfrei eingeführt werden dürfen oder für welche die Gemeinschaftsbeihilfe gewährt wird, werden gemäß Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1600/92 im Anhang festgesetzt.

Artikel 2

Zur Anwendung von Artikel 3 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1600/92 wird die Beihilfe angepaßt nach Maßgabe der monatlichen Zuschläge zum Interventionsankaufspreis, gegebenenfalls unter Berücksichtigung der Unterschiede, die sich bei diesem Preis je nach Verarbeitungsstufe ergeben, durch Anwendung der geltenden Umrechnungskoeffizienten.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Sie gilt mit Wirkung vom 1. Juli 1995.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 25. Juli 1995

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 173 vom 27. 6. 1992, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 105.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 179 vom 1. 7. 1992, S. 6.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 238 vom 23. 9. 1993, S. 24.

*ANHANG***Vorausschätzung des Bedarfs der Azoren und Madeiras an Erzeugnissen des Reissektors im
Wirtschaftsjahr 1995/96***(in Tonnen)*

Erzeugnis	Azoren	Madeira
Vollständig geschliffener Reis des KN-Codes 1006 30	2 500	5 000

VERORDNUNG (EG) Nr. 1794/95 DER KOMMISSION**vom 25. Juli 1995****zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1315/93 mit den Kartoffelstärke des KN-Codes 1108 13 00 betreffenden Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EWG) Nr. 3834/90 des Rates, mit der die Abschöpfungen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse mit Ursprung in Entwicklungsländern gesenkt werden**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 3290/94 des Rates vom 22. Dezember 1994 über Anpassungen und Übergangsmaßnahmen im Agrarsektor zur Anwendung der im Rahmen der multilateralen Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde geschlossenen Übereinkünfte⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 3 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Zur Umsetzung des im Rahmen der Uruguay-Runde getroffenen Übereinkommens über die Landwirtschaft sind unter Berücksichtigung der im Getreidesektor geltenden Einfuhrregelung die Übergangsmaßnahmen zur Anpassung der Vorzugsbedingungen zu erlassen, die bei der Einfuhr von Kartoffelstärke des KN-Codes 1108 13 00 mit Ursprung in Entwicklungsländern in Form einer teilweisen Freistellung von der Einfuhrabschöpfung gelten.

Die Verordnung (EWG) Nr. 1315/93 der Kommission⁽²⁾ enthält mehrere Durchführungsbestimmungen zur Anwendung der Kontingente, die zur Einfuhr unter Vorzugsbedingungen eröffnet wurden, d.h. bei deren Einfuhr eine verringerte Abschöpfung erhoben wird.

Diese Bestimmungen müssen unter Berücksichtigung der im Rahmen der multilateralen Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde getroffenen Übereinkünfte angepaßt werden.

Die Sätze des Gemeinsamen Zolltarifs sind die, welche bei der Anmeldung der Einfuhr zur Überführung in den freien Verkehr gelten.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Getreide —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Für das Wirtschaftsjahr 1995/96 wird in der Verordnung (EWG) Nr. 1315/93 das Wort „Abschöpfung“ jeweils durch das Wort „Zoll“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am siebten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Sie gilt vom 1. Juli 1995 bis 30. Juni 1996.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 25. Juli 1995

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 349 vom 22. 12. 1994, S. 105.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 132 vom 29. 5. 1993, S. 71.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1795/95 DER KOMMISSION

vom 25. Juli 1995

zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 3238/94 zur Festlegung und Verwaltung der beweglichen Teilbeträge für bestimmte im Anhang der Verordnung (EG) Nr. 3448/93 des Rates genannte landwirtschaftliche Verarbeitungserzeugnisse mit Ursprung in Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik, Litauen, Lettland und Estland

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

Artikel 1

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 3448/93 des Rates vom 6. Dezember 1993 über die Handelsregelung für bestimmte aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen hergestellte Waren ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 7 Absatz 2,

Die Verordnung (EG) Nr. 3238/94 wird wie folgt geändert :

1. Artikel 1 wird nachstehender Absatz 3 hinzugefügt :

„(3) Im Sinne dieser Verordnung sind

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1661/95 des Rates vom 29. Juni 1995 über bestimmte Zugeständnisse in Form von Gemeinschaftszollkontingenten für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse, einschließlich Verarbeitungserzeugnisse, zugunsten Israels und der Türkei (1995) ⁽²⁾,

— ‚Waren mit Ursprung in Israel‘ die Waren, die den durch das Protokoll über die Bestimmung des Begriffs ‚Waren mit Ursprung in‘ oder ‚Ursprungswaren‘ und über die Methoden der Zusammenarbeit der Verwaltungen des Abkommens zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Staat Israel ^(*) festgelegten Bedingungen entsprechen.

in Erwägung nachstehender Gründe :

— ‚Waren mit Ursprung in der Türkei‘ die Waren, die den durch die Verordnung (EWG) Nr. 428/73 des Rates vom 5. Februar 1973 über die Anwendung der Beschlüsse Nr. 5/72 und Nr. 4/72 des im Abkommen über die Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei vorgesehenen Assoziationsrats ^(**) festgelegten Bedingungen entsprechen.

Die Verordnung (EG) Nr. 3238/94 der Kommission ⁽³⁾ legt Vorschriften für die Verwaltung der beweglichen Teilbeträge fest. Der Geltungsbereich dieser Verordnung ist auf die Kontingente für Waren mit Ursprung in Israel und in der Türkei zu erweitern.

^(*) ABl. Nr. L 136 vom 28. 5. 1975, S. 3.

^(**) ABl. Nr. L 59 vom 5. 3. 1973, S. 73.“

In Artikel 1 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1200/95 der Kommission ⁽⁴⁾ wird die Grundlage für die Berechnung der herabgesetzten Agrarteilbeträge festgelegt, die ab dem 1. Juli 1995 im Rahmen der Präferenzabkommen gelten, die eine solche Herabsetzung vorsehen.

2. Der Wortlaut von Artikel 4 Absatz 1 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt :

„Die Zollkontingente für Waren, bei denen ein herabgesetzter Agrarteilbetrag erhoben wird, werden von der Kommission verwaltet. Diese kann alle zur wirksamen Verwaltung erforderlichen Maßnahmen treffen.“

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für horizontale Fragen des Handels mit landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnissen, die nicht unter Anhang II des Vertrages fallen —

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 318 vom 20. 12. 1993, S. 18.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 158 vom 8. 7. 1995, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 338 vom 28. 12. 1994, S. 30.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 119 vom 30. 5. 1995, S. 8.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 25. Juli 1995

Für die Kommission
Martin BANGEMANN
Mitglied der Kommission

VERORDNUNG (EG) Nr. 1796/95 DER KOMMISSION

vom 25. Juli 1995

mit Durchführungsbestimmungen für die Zahlung der Zuschüsse des Finanzinstruments für die Ausrichtung der Fischerei (FIAF) zu Strukturmaßnahmen im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 3699/93

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 3699/93 des Rates vom 21. Dezember 1993 über die Kriterien und Bedingungen für die Strukturmaßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Fischerei und Aquakultur sowie der Verarbeitung und Vermarktung der entsprechenden Erzeugnisse⁽¹⁾, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1624/95⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 18 Absatz 3,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2080/93 des Rates vom 20. Juli 1993, die Bestimmungen für die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 hinsichtlich des Finanzinstruments für die Ausrichtung der Fischerei⁽³⁾ enthält, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 1; gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 4028/86 des Rates vom 18. Dezember 1986 über Gemeinschaftsmaßnahmen zur Verbesserung und Anpassung der Strukturen im Bereich der Fischerei und der Aquakultur⁽⁴⁾, insbesondere die Artikel 44 bis 46, sowie auf die Verordnung (EWG) Nr. 4042/89 des Rates vom 19. Dezember 1989 zur Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsbedingungen von Erzeugnissen der Fischerei und Aquakultur⁽⁵⁾, und insbesondere Artikel 15, soweit sie auf bestimmte Zuschußbewilligungen anzuwenden sind,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2080/93 sieht vor, daß die Finanzierung der Maßnahmen generell im Rahmen der Programmplanung der Strukturfonds erfolgt.

Die Programme müssen im Einklang mit den Vorschriften der Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 2052/88 des Rates vom 19. Dezember 1988 hinsichtlich der Koordinierung der Interventionen der verschiedenen Strukturfonds einerseits und zwischen diesen und den Interventionen der Europäischen Investitionsbank und der sonstigen vorhandenen Finanzinstrumente andererseits⁽⁶⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3193/94⁽⁷⁾, insbesondere mit seinem Titel VI, durchgeführt werden.

Zur Vereinheitlichung der Zahlungsanträge sollte ein harmonisiertes System der Kostenerklärung geschaffen werden.

Die Anträge auf Zahlung des Restbetrags der Zuschüsse müssen bestimmte Angaben enthalten, anhand derer die Übereinstimmung der Ausgaben mit den betreffenden Programmen und den Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 3699/93 leichter geprüft werden kann.

Die Bestimmungen der Verordnungen (EWG) Nr. 4028/86 und (EWG) Nr. 4042/89 bleiben — trotz ihrer Aufhebung — für Zuschußanträge in Anwendung, die vor dem 1. Januar 1994 eingereicht und durch die Kommission vor dem 1. November 1994 genehmigt wurden; diese Anträge sind in den Entscheidungen der Kommission zur Genehmigung des Gemeinschaftsprogrammes für Interventionen im Fischereisektor, basierend auf Artikel 4 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 3699/93, enthalten; daher sind die erforderlichen Informationen für Projekte auf der Grundlage der Verordnungen (EWG) Nr. 4028/86 und (EWG) Nr. 4042/89 in den Halbjahresübersichten und Jahresberichten, die durch diese Verordnung vorgesehen sind, mit aufzunehmen.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Verwaltungsausschusses für die Fischereistrukturen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1***Halbjahresübersichten**

Die halbjährlichen Aufstellungen der tatsächlich durch die Endbegünstigten getätigten zuschufähigen Ausgaben sowie der an die Endbegünstigten geleisteten Zahlungen sind entsprechend der Erklärung in Anhang I einzureichen.

*Artikel 2***Jahresberichte**

Die jährlichen Lageberichte, die gemäß Titel VII der Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 integrierter Bestandteil der Begleitung und Bewertung sind, müssen in Form der Tabelle in Anhang II jedes Jahr bis zum 1. April vorgelegt werden.

*Artikel 3***Zahlungsanträge**

(1) Die Zahlungsanträge müssen der Kommission entsprechend der Erklärung in Anhang I vorgelegt werden.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 346 vom 31. 12. 1993, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 155 vom 6. 7. 1995, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 193 vom 31. 7. 1993, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 376 vom 31. 12. 1986, S. 7.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 388 vom 30. 12. 1989, S. 1.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 374 vom 31. 12. 1988, S. 1.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 337 vom 24. 12. 1994, S. 11.

(2) Die Auszahlung des Restbetrags des FIAF-Beitrags zu den Jahrestrenchen im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 3699/93 wird zusätzlich von der Vorlage des Jahresberichtes gemäß Artikel 2 der vorliegenden Verordnung abhängig gemacht.

Artikel 4

Die Bestimmungen der Artikel 1 bis 3 gelten auch für Zahlungsanträge, die Gegenstand von Kommissionsent-

scheidungen in Anwendung von Artikel 9 der Verordnung (EWG) Nr. 2080/93 sind.

Artikel 5

Die in den Artikeln 1 bis 3 geforderten Angaben werden der Kommission schriftlich sowie im Falle des in Artikel 2 genannten Berichts elektronisch übermittelt.

Artikel 6

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 25. Juli 1995

Für die Kommission

Emma BONINO

Mitglied der Kommission

ANHANG I

FINANZINSTRUMENT FÜR DIE AUSRICHTUNG DER FISCHEREI-VERORDNUNG (EG) Nr. 3699/93

HALBJÄHRLICHE AUSGABENAUFSTELLUNG / ZAHLUNGSANTRAG

für jedes Operationelle Programm bzw. Programmplanungsdokument ist ein(e) Aufstellung/Antrag einzureichen
bei der Europäischen Kommission, GD XIV-A-2, 200 rue de la Loi/Wetstraat, B-1049 Bruxelles/Brussel; Telefax: (32-2) 296 59 52

ARINCO-Bezugsnummer: Entscheidung der Kommission Nr. vom
(letzte Entscheidung)

Ziel-1-Regionen / Ziel-6-Regionen / andere Regionen (Unzutreffendes bitte streichen)

Halbjährliche Ausgabenaufstellung

(vorzulegen bis spätestens sechs Wochen nach dem jeweiligen Zeitraum)

Stand zum 31. 3. 19... 30. 9. 19... (jeweiliges Datum ergänzen)

Hiermit wird bescheinigt, daß die zuschußfähigen Ausgaben, die mit fortschreitender Durchführung des Programms getätigt wurden, nach dem

..... / / (Stichtag gemäß der Entscheidung) entstanden sind
(Tag) (Monat) (Jahr)

(mit Ausnahme der Ausgaben für nach dem 1. Januar 1994 im Rahmen der Verordnungen (EWG) Nr. 4028/86 und (EWG) Nr. 4042/89 genehmigte Zuschußanträge, für die der jeweilige Stichtag getrennt festgelegt ist) und sich auf folgenden Betrag belaufen:

.....
(Währung) (Volumen)

Die Ausgaben gliedern sich wie folgt:

		Zahlung in Tranchen						Kumulierte Zahlungen 1994/1999
		1994	1995	1996	1997	1998	1999	
Von den Endbegünstigten tatsächlich getätigte Ausgaben								
Den Endbegünstigten gezahlte öffentliche Zuschüsse	Mitgliedstaat, Region usw.							
	FIAF							

Ferner wird bescheinigt, daß die Durchführung der Maßnahme zufriedenstellend und nach Maßgabe der vorgegebenen Ziele fortschreitet und die Belege gemäß Artikel 23 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 4253/88 zur Verfügung gehalten werden.

Zuständiger Sachbearbeiter: Tel.: Telefax:

(Datum, Siegel, Bezeichnung und Unterschrift der zuständigen Behörde des Mitgliedstaats)

Zahlungsantrag

Im Rahmen des geltenden Finanzierungsplans beantrage ich die Auszahlung folgender Summe :

(Zutreffendes Feld ankreuzen)

Tranche	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Erster Vorschuß						
Zweiter Vorschuß						
Restbetrag						

Anmerkung : Bei ausreichender Ausgabenhöhe und Erfüllung aller Voraussetzungen werden vom FIAF je nach Sachlage 50, 30 oder 20 % der im Finanzierungsplan festgesetzten Tranche ausgezahlt. Soll ein niedrigerer Betrag ausgezahlt werden, so ist dieser in Ecu genau anzugeben und zu begründen.

Die Aufteilung der durch den Endbegünstigten getätigten zuschußfähigen Ausgaben ist wie folgt :

Bereich (im Sinne der Programmierung)	Vorausschau des Finanzplans (Gesamt- programm)	1994	1995	1996	1997	1998	1999	kumuliert 1994/1999
Anpassung des Fischereiaufwandes								
Erneuerung und Modernisierung der Flotte								
Aquakultur								
Gesamt								

Die Zahlung ist zu tätigen an :

Kontoinhaber

Bank

Kontonummer

Bei Antrag auf Auszahlung des Restbetrags ist/wurde der Jahresbericht gemäß Artikel 2 dieser Verordnung,

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

	beigefügt
	bereits vorgelegt

und wird die Richtigkeit seines Inhalts hiermit bescheinigt.

Zuständiger Sachbearbeiter :

Tel. : Telefax :

(Datum, Siegel, Bezeichnung und Unterschrift der zuständigen Behörde des Mitgliedstaats)

(²) Vgl. Artikel 5 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1866/90 der Kommission (ABl. Nr. L 170 vom 3. 7. 1990, S. 36).

ANHANG II

FINANZINSTRUMENT FÜR DIE AUSRICHTUNG DER FISCHEREI — VERORDNUNG (EG) Nr. 3699/93

JÄHRLICHER LAGEBERICHT

für jedes Operationelle Programm bzw. Programmplanungsdokument ist ein Bericht einzureichen bei der Europäischen Kommission, GD XIV-A-2, 200, rue de la Loi/Wetstraat, B-1049 Bruxelles/Brussel; Telefax: (32-2) 296 59 52

ARINCO-Bezugsnummer: Entscheidung der Kommission Nr. vom (letzte Entscheidung) Jahr

Ziel-1-Regionen / Ziel-6-Regionen / andere Regionen Letzte Aktualisierung der hier gemachten Angaben (Datum):

Währungseinheit: (Ecu oder Landeswährung) Umrechnungskurs Ecu/Landeswährung gemäß Artikel 5 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1866/90 über die Einzelheiten der Verwendung des Ecu beim Haushaltsvollzug für die Strukturfonds.

Vorhabensnummer	Ort der Durchführung des Vorhabens		Zuschußempfänger (Firma)	Einstufung		Volumen		Zuschußfähige Ausgaben und öffentliche Zuschüsse (Keine anderen als die zuschufähigen Ausgaben anführen)		
	Gemeinde	NUTS III		Bereich	Maßnahme(n)	Ergebnisindikator(en)	Menge	Stand	Von den Endbegünstigten getätigte zuschufähige Ausgaben	Den Endbegünstigten gezahlte öffentliche Zuschüsse
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)
										(12)
Programm insgesamt										

NB: Anzugeben sind alle im Rahmen des Programms seit dessen Beginn bis zum Datum dieses Berichts durchgeführten, noch in der Durchführung befindlichen oder geplanten Aktionen einschließlich der nach dem 1. Januar 1994 im Rahmen der Verordnungen (EWG) Nr. 4028/86 und (EWG) Nr. 4042/89 genehmigten Maßnahmen.

(1) Kennnummer des Vorhabens (fortlaufende Nummer); betrifft das Vorhaben ein Schiff, so ist die interne Nummer des Schiffes unbedingt anzugeben.

(5) Im Finanzplan des Programms angegebene Codennummer des Interventionsbereichs („Bereich“ im Sinne von Anhang I Ziffer 1 der Verordnung (EG) Nr. 3699/93).

(6) Codennummer der Maßnahme nach Maßgabe des Planungsdokuments (ein Einzelvorhaben kann mit verschiedenen Maßnahmen verbunden sein).

(7) (8) Entsprechend den Angaben im Planungsdokument (für ein Einzelvorhaben können mehrere Ergebnisindikatoren gelten).

(9) Code 1 (in Durchführung); Code 2 (nach Teildurchführung unterbrochen); Code 3 (aufgegeben, nach Teilausführung); Code 4 (vollständig durchgeführt).

(10) Anzugeben sind ausschließlich die Beträge, die nach den der Kommission mitgeteilten Kontrollverfahren auf ihre Richtigkeit geprüft wurden.

(11) Einschließlich Zuschüsse, öffentliche Beihilfen und Investitionen auf einzelstaatlicher, regionaler oder lokaler Ebene.

Zuständiger Sachbearbeiter: Tel.: Telefax:

(Datum, Stempel, Bezeichnung und Unterschrift der zuständigen Behörde des Mitgliedstaats)

VERORDNUNG (EG) Nr. 1797/95 DER KOMMISSION

vom 25. Juli 1995

zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2253/92 und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2883/94 mit der Bedarfsvorausschätzung für die Kanarischen Inseln für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die unter die Sonderregelung gemäß den Artikeln 2 bis 5 der Verordnung (EWG) Nr. 1601/92 des Rates fallen

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 822/87 des Rates vom 16. März 1987 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1544/95 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 56 Absatz 4,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1601/92 des Rates vom 15. Juni 1992 zur Einführung von Sondermaßnahmen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse zugunsten der Kanarischen Inseln ⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3290/94 ⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 2, Artikel 3 Absatz 4, Artikel 4 Absatz 4 und Artikel 7 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Zur Anwendung der Artikel 2 und 3 der Verordnung (EWG) Nr. 1601/92 sind die Mengen von Tafel- und ähnlichem Wein aus Drittländern zu bestimmen, auf welche die mit der genannten Verordnung zur Versorgung der Kanarischen Inseln eingeführte Sonderregelung angewandt wird. Zur Vereinfachung der Anwendung der betreffenden Verordnung sollten diese Mengen für den Zeitraum vom 1. September 1995 bis 30. Juni 1996 festgelegt werden.

Bis der Zweck der Versorgung der Kanarischen Inseln mit Wein im Rahmen der mit der genannten Verordnung eingeführten besonderen Beihilferegulierung klar definiert ist, sollten, damit die geltende Regelung ohne Unterbrechung angewandt werden kann, die im Wirtschaftsjahr 1994/95 geltenden Beihilfen und Weinmengen für zehn Monate verlängert werden.

Die für diese Versorgung vorgesehenen Beihilfen werden bestimmt unter besonderer Berücksichtigung der geographischen Lage der Inseln. Die betreffenden Weinmengen und Beihilfen sollten der jetzigen Marktlage angepaßt werden.

Zur Vermeidung von Mißverständnissen hat die Kommission die Verordnung (EG) Nr. 2790/94 der Kommission vom 16. November 1994 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1601/92 des Rates mit gemeinsamen

Durchführungsbestimmungen zur Sonderregelung für die Versorgung der Kanarischen Inseln mit bestimmten Agrarerzeugnissen ⁽⁵⁾, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2883/94 ⁽⁶⁾, erlassen. Da diese Regelung auch im Sektor Wein gelten sollte, ist die diesen Sektor betreffende Verordnung (EWG) Nr. 2253/92 der Kommission ⁽⁷⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3332/94 ⁽⁸⁾, zum 1. September 1995 aufzuheben.

Die zur Versorgung der Kanarischen Inseln benötigte Bedarfsvorausschätzung wurde mit der Verordnung (EG) Nr. 2883/94 festgelegt. In die genannte Verordnung sollten auch die Weinerzeugnisse einbezogen werden.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Wein —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Der Anhang zu der vorliegenden Verordnung wird als Anhang XII nach den Anhängen der Verordnung (EG) Nr. 2883/94 angefügt.

Artikel 2

Die für Erzeugnisse der KN-Codes ex 2204 21 und 2204 29 festgelegten Mengen dürfen um bis zu 20 % überschritten werden, ohne die im Anhang festgelegte Gesamtmenge zu überschreiten.

Artikel 3

Ein Antragsteller kann seinen Lizenzantrag innerhalb von drei Arbeitstagen nach dem Tag der Mitteilung des einheitlichen Verringerungsprozentsatzes gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 2790/94 zurückziehen.

Artikel 4

Die Verordnung (EWG) Nr. 2253/92 wird aufgehoben.

Artikel 5

Diese Verordnung tritt am 1. September 1995 in Kraft.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 84 vom 27. 3. 1987, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 148 vom 30. 6. 1995, S. 31.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 173 vom 27. 6. 1992, S. 13.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 105.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 296 vom 17. 11. 1994, S. 23.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 304 vom 29. 11. 1994, S. 18.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 219 vom 4. 8. 1992, S. 30.

⁽⁸⁾ ABl. Nr. L 350 vom 31. 12. 1994, S. 56.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 25. Juli 1995

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

ANHANG

„ANHANG XII

(gültig ab 1. September 1995)

WEINERZEUGNISSE

a) Mengen

(in hl)

KN-Code	Warenbezeichnung	Menge
ex 2204 21 79 ex 2204 21 80 ex 2204 21 83 ex 2204 21 84	Wein : — mit Ursprung in Drittländern : Weinbezeichnung und -aufmachung enthalten den Namen des Ursprungslandes ohne weitere geographische Angabe — mit Ursprung in der Gemeinschaft : Tafelwein gemäß Nr. 13 in Anhang I der Verordnung (EWG) Nr. 822/87	96 250
ex 2204 29 62 ex 2204 29 64 ex 2204 29 65 ex 2204 29 71 ex 2204 29 72 ex 2204 29 75 ex 2204 29 83 ex 2204 29 84	Wein : — mit Ursprung in Drittländern : Weinbezeichnung und -aufmachung enthalten den Namen des Ursprungslandes ohne weitere geographische Angabe — mit Ursprung in der Gemeinschaft : Tafelwein gemäß Nr. 13 in Anhang I der Verordnung (EWG) Nr. 822/87	107 917
	Insgesamt	204 167

b) zu gewährende Beihilfe

(in Ecu)

Produkt-Codes ⁽¹⁾	Fußnote	Für Erzeugnisse mit Herkunft in der Gemeinschaft zu gewährende Beihilfe
2204 21 79 110	(2)	4,782
2204 21 79 190	(3)	1,437
2204 21 79 910	(2)	4,782
2204 21 80 190	(3)	1,437
2204 21 83 110	(2)	4,782
2204 21 83 190	(3)	1,437
2204 21 84 190	(3)	1,437
2204 29 62 110	(2)	4,782
2204 29 62 190	(3)	1,437
2204 29 62 910	(2)	4,782
2204 29 64 110	(2)	4,782
2204 29 64 190	(3)	1,437
2204 29 64 910	(2)	4,782
2204 29 65 110	(2)	4,782
2204 29 65 190	(3)	1,437
2204 29 65 910	(2)	4,782
2204 29 71 190	(3)	1,437
2204 29 72 190	(3)	1,437
2204 29 75 190	(3)	1,437
2204 29 83 110	(2)	4,782
2204 29 83 190	(3)	1,437
2204 29 84 190	(3)	1,437

(1) Produkt-Codes gemäß Verordnung (EWG) Nr. 3846/87 der Kommission (ABl. Nr. L 366 vom 24. 12. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1628/95 (ABl. Nr. L 155 vom 6. 7. 1995, S. 9).

(2) In Ecu je hl des Erzeugnisses.

(3) In Ecu je % vol und hl des Erzeugnisses (Gesamtalkoholgehalt gemäß Anhang II der Verordnung (EWG) Nr. 822/87).“

VERORDNUNG (EG) Nr. 1798/95 DER KOMMISSION

vom 25. Juli 1995

zur Änderung des Anhangs IV der Verordnung (EWG) Nr. 2377/90 des Rates zur Schaffung eines Gemeinschaftsverfahrens für die Festsetzung von Höchstmengen für Tierarzneimittelrückstände in Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2377/90 des Rates vom 26. Juni 1990 zur Schaffung eines Gemeinschaftsverfahrens für die Festsetzung von Höchstmengen für Tierarzneimittelrückstände in Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1442/95 der Kommission⁽²⁾, insbesondere auf die Artikel 7 und 8,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2377/90 sind schrittweise Höchstmengen für Rückstände aller pharmakologisch wirksamen Stoffe festzusetzen, die in der Gemeinschaft in Tierarzneimitteln für zur Lebensmittelerzeugung genutzte Tiere verwendet werden.

Die Höchstmengen für Rückstände werden erst festgesetzt, nachdem der Ausschuß für Tierarzneimittel alle relevanten Daten zur Unbedenklichkeit von Rückständen des betreffenden Stoffes für den Verbraucher von Lebensmitteln tierischen Ursprungs und zu den Auswirkungen der Rückstände auf die industrielle Verarbeitung von Lebensmitteln überprüft hat.

Bei der Festsetzung von Höchstmengen für Tierarzneimittel in Lebensmitteln tierischen Ursprungs ist es erforderlich, die Tierart, in der Rückstände vorkommen können, die Mengen, die in jedem der aus dem behandelten Tier gewonnenen relevanten essbaren Gewebe vorkommen können (Zielgewebe), sowie die Beschaffenheit des für die Rückstandsüberwachung relevanten Rückstandes (Marker-Rückstand) zu spezifizieren.

Für die Kontrolle von Rückständen gemäß den entsprechenden Rechtsvorschriften der Gemeinschaft sind die Höchstmengen normalerweise für die Zielgewebe Leber oder Niere festzusetzen. Leber und Nieren werden im internationalen Handel jedoch häufig aus den Schlachtkörpern entfernt. Aus diesem Grund sind auch stets Höchstmengen für Rückstände im Muskel- oder Fettgewebe festzusetzen.

Bei Tierarzneimitteln, die für Legegeflügel, Tiere in der Laktationsphase oder Honigbienen bestimmt sind,

müssen auch Höchstmengen für Rückstände in Eiern, Milch oder Honig festgesetzt werden.

Es erscheint nicht möglich, Höchstmengen für Rückstände von Dimetridazol festzusetzen, da diese Rückstände möglicherweise in jeder Konzentration in Lebensmitteln tierischen Ursprungs eine Gefahr für die Gesundheit des Verbrauchers darstellen können. Demzufolge wird Dimetridazol in das Verzeichnis des Anhangs IV der Verordnung (EWG) Nr. 2377/90 aufgenommen.

Bis zum Inkrafttreten dieser Verordnung muß den Mitgliedstaaten eine Frist von 60 Tagen gewährt werden, um es ihnen zu ermöglichen, die gemäß der Richtlinie 81/851/EWG des Rates⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Richtlinie 93/40/EWG⁽⁴⁾, erteilten Genehmigungen für das Inverkehrbringen von Tierarzneimitteln erforderlichenfalls an die Bestimmungen dieser Verordnung anzupassen.

Gemäß dem Verfahren nach Artikel 8 der Verordnung (EWG) Nr. 2377/90 wurde der Ausschuß für die Anpassung der Richtlinien zur Beseitigung der technischen Handelshemmnisse auf dem Gebiet der Tierarzneimittel an den technischen Fortschritt zu dem Entwurf der zu treffenden Maßnahmen befragt. Der Ausschuß konnte jedoch keine Stellungnahme abgeben, so daß die Kommission dem Rat einen Vorschlag für diese Maßnahmen unterbreitet hat.

Der Rat hat innerhalb der dafür eingeräumten Frist von drei Monaten keine Entscheidung getroffen und hat sich nicht mit einfacher Mehrheit gegen die Maßnahmen ausgesprochen. Deshalb obliegt es der Kommission, die genannten Maßnahmen zu verabschieden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Der Anhang IV der Verordnung (EWG) Nr. 2377/90 wird gemäß dem beiliegenden Anhang geändert.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am sechzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 224 vom 18. 8. 1990, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 143 vom 27. 6. 1995, S. 26.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 317 vom 6. 11. 1981, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 214 vom 24. 8. 1993, S. 31.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 25. Juli 1995

Für die Kommission

Martin BANGEMANN

Mitglied der Kommission

ANHANG

Anhang IV wird wie folgt geändert :

Verzeichnis der pharmakologisch wirksamen Stoffe, für die keine Höchstmengen festgelegt werden können

5. Dimetridazol

VERORDNUNG (EG) Nr. 1799/95 DER KOMMISSION

vom 25. Juli 1995

zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2715/94 mit Sondervorschriften hinsichtlich der Ausgleichszahlungen für bestimmte landwirtschaftliche Kulturpflanzen auf Bewässerungsflächen

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1765/92 des Rates vom 30. Juni 1992 zur Einführung einer Stützungsregelung für Erzeuger bestimmter landwirtschaftlicher Kulturpflanzen⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1664/95 der Kommission⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 12,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Nach dem französischen Regionalisierungsplan, er wurde gemäß Artikel 3 der Verordnung (EWG) Nr. 1765/92 zur Anwendung im Wirtschaftsjahr 1995/96 ausgearbeitet, wird der für bewässerte Flächen vorgesehene Ausgleich nur für Ölsaaten, namentlich Soja, gewährt. Für diesen Anbau sollte deshalb eine Flächenbegrenzung festgelegt werden. Außerdem ist die Verordnung (EG) Nr. 2715/94 der Kommission⁽³⁾ zu ändern.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des gemeinsamen Verwaltungsausschusses für Getreide, Fette und Trockenfutter —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Im Anhang der Verordnung (EG) Nr. 2715/94 wird die Frankreich betreffende Tabelle durch die Tabelle im Anhang zur vorliegenden Verordnung ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Sie gilt ab dem Wirtschaftsjahr 1995/96.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 25. Juli 1995

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992, S. 12.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 158 vom 8. 7. 1995, S. 13.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 288 vom 9. 11. 1994, S. 11.

*ANHANG***FRANKREICH**

<i>(ba)</i>	
	Genehmigte Bewässerungsfläche
Zone I	17 000
Zone II	78 000

VERORDNUNG (EG) Nr. 1800/95 DER KOMMISSION**vom 25. Juli 1995****zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 689/92 über das Verfahren und die Bedingungen für die Übernahme von Getreide durch die Interventionsstellen**DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates
vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verord-
nung (EG) Nr. 1664/95 der Kommission⁽²⁾, insbesondere
auf Artikel 5,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Verordnung (EWG) Nr. 689/92 der Kommission⁽³⁾,
zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1042/
95⁽⁴⁾, regelt die Bedingungen, unter denen Getreide in
die Intervention übernommen wird.In mehreren Gebieten der Gemeinschaft kann die
Anwendung der Reform der gemeinsamen Agrarpolitik
ab dem Wirtschaftsjahr 1995/96 für die dortigen Getrei-
deerzeuger Schwierigkeiten aufwerfen. Zur Abschwächung
der Auswirkungen dieser Neuregelung auf ihre
Einkommen ist in dem genannten Wirtschaftsjahr erneut,
wie schon im Wirtschaftsjahr 1994/95, von mehreren
qualitativen Bestimmungen abzuweichen.Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen
entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsaus-
schusses für Getreide —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*Artikel 2 Absatz 4 der Verordnung (EWG) Nr. 689/92
erhält folgende Fassung :„(4) Abweichend von Absatz 2 gilt für das Wirt-
schaftsjahr 1995/96 folgendes :

- auf Antrag eines Mitgliedstaats wird nach dem
Verfahren des Artikels 23 der Verordnung (EWG)
Nr. 1766/92 beschlossen, den Feuchtigkeitsgehalt
des in die Intervention übernommenen Getreides
auf 15 % zu beschränken, ausgenommen Mais
und Sorghum ;
- Griechenland wird ermächtigt, Hartweizen in die
Intervention zu übernehmen, der bis zu 14 %
Bestandteile erhält, die nicht einwandfreies
Grundgetreide sind, wovon höchstens 7 % auf
Kornbesatz, davon wiederum höchstens 5 % auf
Fremdgetreide entfallen ;
- der in Anhang II Tabelle III für Gerste mit einem
spezifischen Gewicht von weniger als 64 kg/hl
vorgesehene Abschlag wird nicht angewandt.“

*Artikel 2*Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im
Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften in Kraft.

Sie gilt mit Wirkung vom 1. Juli 1995.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 25. Juli 1995

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission⁽¹⁾ ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992, S. 21.⁽²⁾ ABl. Nr. L 158 vom 8. 7. 1995, S. 13.⁽³⁾ ABl. Nr. L 74 vom 20. 3. 1992, S. 18.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 106 vom 11. 5. 1995, S. 7.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1801/95 DER KOMMISSION**vom 25. Juli 1995****zur Festsetzung des Höchstfeuchtigkeitsgehalts des in einigen Mitgliedstaaten
im Wirtschaftsjahr 1995/96 zur Intervention angebotenen Getreides**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates
vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Getreide ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verord-
nung (EG) Nr. 1664/95 der Kommission ⁽²⁾, insbesondere
auf Artikel 5,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Mit der Verordnung (EWG) Nr. 2731/75 des Rates vom
29. Oktober 1975 über die Standardqualitäten für Weich-
weizen, Roggen, Gerste, Mais, Sorghum und Hartwei-
zen ⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr.
2054/93 ⁽⁴⁾, wurde unter anderem der Höchstfeuchtig-
keitsgehalt des Getreides außer Hartweizen auf 14 % fest-
gesetzt. Im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 689/92
der Kommission vom 19. März 1992 über das Verfahren
und die Bedingungen für die Übernahme von Getreide
durch die Interventionsstellen ⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch
die Verordnung (EG) Nr. 1800/95 ⁽⁶⁾, gilt jedoch ein
Höchstfeuchtigkeitsgehalt von 14,5 %. Nach Artikel 2
Absatz 4 der genannten Verordnung können die Mitglied-
staaten außerdem auf Antrag und unter bestimmten

Bedingungen bei den zur Intervention angebotenen
Getreidearten, ausgenommen Mais und Sorghum, einen
Feuchtigkeitsgehalt von 15 % anwenden.

Solche Anträge wurden von mehreren Mitgliedstaaten
gestellt.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen
entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsaus-
schusses für Getreide —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die im Anhang dieser Verordnung genannten Mitglied-
staaten werden ermächtigt, für das im Wirtschaftsjahr
1995/96 zur Intervention angebotene und in demselben
Anhang bezeichnete Getreide einen Höchstfeuchtigkeits-
gehalt von 15 % festzusetzen.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im
Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften in Kraft.

Sie gilt mit Wirkung vom 1. Juli 1995.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 25. Juli 1995

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 181 vom 1. 7. 1992, S. 21.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 158 vom 8. 7. 1995, S. 13.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 22.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 187 vom 29. 7. 1993, S. 6.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 74 vom 20. 3. 1992, S. 18.

⁽⁶⁾ Siehe Seite 24 dieses Amtsblatts.

*ANHANG***Zulässiger Feuchtigkeitsgehalt für das im Wirtschaftsjahr 1995/96 zur Intervention angebotene Getreide**

Mitgliedstaat	Getreideart
Belgien	Getreide außer Hartweizen, Mais und Sorghum
Dänemark	Getreide außer Hartweizen, Roggen, Mais und Sorghum
Irland	Getreide außer Hartweizen, Mais und Sorghum
Luxemburg	Getreide außer Hartweizen, Mais und Sorghum
Niederlande	Getreide außer Hartweizen, Mais und Sorghum
Bundesrepublik Deutschland	Getreide außer Hartweizen, Mais und Sorghum
Österreich	Getreide außer Hartweizen, Mais und Sorghum

VERORDNUNG (EG) Nr. 1802/95 DER KOMMISSION

vom 25. Juli 1995

zur Ausgleichung und Änderung bestimmter Preise und Beträge in den vor dem 1. Februar 1995 in Kraft getretenen Verordnungen für Milch und Milcherzeugnisse, deren Wert in Ecu wegen der Abschaffung des Korrekturfaktors der landwirtschaftlichen Umrechnungskurse angepaßt wurde

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 804/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1538/95⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 6 Absatz 6, Artikel 7 Absatz 5, Artikel 7a Absätze 1 und 3, Artikel 10 Absatz 3 und Artikel 12 Absatz 3,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2204/90 des Rates vom 24. Juli 1990 mit zusätzlichen, Käse betreffenden Grundregeln der gemeinsamen Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2742/90⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 1 zweiter Absatz und Artikel 5,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3763/91 des Rates vom 16. Dezember 1991 mit Sondermaßnahmen für bestimmte Agrarerzeugnisse zugunsten der französischen überseeischen Departements⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3290/94⁽⁶⁾, insbesondere auf Artikel 6,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 518/92 des Rates vom 27. Februar 1992 mit Durchführungsvorschriften zu dem Interimsabkommen über Handel und Handelsfragen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl einerseits und der Republik Polen andererseits⁽⁷⁾, geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2233/93⁽⁸⁾, insbesondere auf Artikel 1,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 519/92 des Rates vom 27. Februar 1992 mit Durchführungsvorschriften zu dem Interimsabkommen über Handel und Handelsfragen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl einerseits und der Republik Ungarn andererseits⁽⁹⁾, geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2234/93⁽¹⁰⁾, insbesondere auf Artikel 1,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 520/92 des Rates vom 27. Februar 1992 mit Durchführungsvorschriften zu

dem Interimsabkommen über Handel und Handelsfragen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl einerseits und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik andererseits⁽¹¹⁾, geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2235/93⁽¹²⁾, insbesondere auf Artikel 1,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1600/92 des Rates vom 15. Juni 1992 zum Erlaß von Sondermaßnahmen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse zugunsten der Azoren und Madeiras⁽¹³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3290/94, insbesondere auf Artikel 10 und Artikel 24 Absatz 6,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 739/93 des Rates vom 17. März 1993 über die Anwendung des gemeinsamen Preises für Milchpulver in Portugal⁽¹⁴⁾, insbesondere auf Artikel 3,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2019/93 des Rates vom 19. Juli 1993 über Sondermaßnahmen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse zugunsten der kleineren Inseln des Ägäischen Meeres⁽¹⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1363/95⁽¹⁶⁾, insbesondere auf Artikel 4,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 3641/93 des Rates vom 20. Dezember 1993 über Verfahren zur Durchführung des Interimsabkommens über den Handel und Handelsfragen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl einerseits und der Republik Bulgarien andererseits⁽¹⁷⁾, insbesondere auf Artikel 1,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Durch Artikel 13 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 3813/92 des Rates vom 28. Dezember 1992 über die Rechnungseinheit und die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anzuwendenden Umrechnungskurse⁽¹⁸⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 150/95⁽¹⁹⁾, wurde der Wert bestimmter Preise und Beträge in Ecu mit Wirkung vom 1. Februar 1995 geändert, um die Wirkung der Abschaffung des Berichtigungsfaktors von 1,207509 zu neutralisieren, der bis zum 31.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 13.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 148 vom 30. 6. 1995, S. 17.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 201 vom 31. 7. 1990, S. 7.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 264 vom 27. 9. 1990, S. 20.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 356 vom 24. 12. 1991, S. 1.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 105.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 56 vom 29. 2. 1992, S. 3.

⁽⁸⁾ ABl. Nr. L 200 vom 10. 8. 1993, S. 3.

⁽⁹⁾ ABl. Nr. L 56 vom 29. 2. 1992, S. 6.

⁽¹⁰⁾ ABl. Nr. L 200 vom 10. 8. 1993, S. 4.

⁽¹¹⁾ ABl. Nr. L 56 vom 29. 2. 1992, S. 9.

⁽¹²⁾ ABl. Nr. L 200 vom 10. 8. 1993, S. 5.

⁽¹³⁾ ABl. Nr. L 173 vom 27. 6. 1992, S. 1.

⁽¹⁴⁾ ABl. Nr. L 77 vom 31. 3. 1993, S. 4.

⁽¹⁵⁾ ABl. Nr. L 184 vom 27. 7. 1993, S. 1.

⁽¹⁶⁾ ABl. Nr. L 132 vom 16. 6. 1995, S. 8.

⁽¹⁷⁾ ABl. Nr. L 333 vom 31. 12. 1993, S. 16.

⁽¹⁸⁾ ABl. Nr. L 387 vom 31. 12. 1992, S. 1.

⁽¹⁹⁾ ABl. Nr. L 22 vom 31. 1. 1995, S. 1.

Januar 1995 auf die landwirtschaftlichen Umrechnungskurse angewandt wurde. Die neuen Werte der betreffenden Preise und Beträge in Ecu wurden bestimmt nach den Regeln in Artikel 13 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 3813/92 sowie Artikel 18 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1068/93 der Kommission vom 30. April 1993 mit Durchführungsvorschriften für die Bestimmung und Anwendung der im Agrarsektor verwendeten Umrechnungskurse⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1053/95⁽²⁾.

Um Verwechslungen zu vermeiden und die Anwendung der gemeinsamen Agrarpolitik zu erleichtern, sind entsprechend Artikel 18 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1068/93 die Werte der betreffenden Preise und Beträge in Ecu in den vor dem 1. Februar 1995 in Kraft getretenen Rechtsakten zu ersetzen, soweit sie anwendbar sind mindestens

- ab 1. Januar 1996 und nicht ein Wirtschaftsjahr betreffen,
- ab Beginn des Wirtschaftsjahres 1996 und dieses im Januar 1996 beginnt,
- ab Beginn des Wirtschaftsjahres 1995/96 in den anderen Fällen.

Um die Durchführung der betreffenden Maßnahmen zu erleichtern, sind bei bestimmten Beträgen für Milch und Milcherzeugnisse die in Artikel 18 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1068/93 vorgesehenen Dezimalstellen zu runden.

Infolgedessen sind folgende Verordnungen zu ändern :

1. Verordnung (EWG) Nr. 986/68 des Rates⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1115/89⁽⁴⁾;
2. Verordnung (EWG) Nr. 1105/68 der Kommission⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2292/92⁽⁶⁾;
3. Verordnung (EWG) Nr. 2213/76 der Kommission⁽⁷⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1143/92⁽⁸⁾;
4. Verordnung (EWG) Nr. 2315/76 der Kommission⁽⁹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 372/95⁽¹⁰⁾;
5. Verordnung (EWG) Nr. 368/77 der Kommission⁽¹¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1756/93⁽¹²⁾;

6. Verordnung (EWG) Nr. 443/77 der Kommission⁽¹³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1413/87⁽¹⁴⁾;
7. Verordnung (EWG) Nr. 625/78 der Kommission⁽¹⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2270/91⁽¹⁶⁾;
8. Verordnung (EWG) Nr. 2770/79 der Kommission⁽¹⁷⁾;
9. Verordnung (EWG) Nr. 2990/82 des Rates⁽¹⁸⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3096/94⁽¹⁹⁾;
10. Verordnung (EWG) Nr. 1634/85 der Kommission⁽²⁰⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2292/92;
11. Verordnung (EWG) Nr. 3143/85 der Kommission⁽²¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3337/94⁽²²⁾;
12. Verordnung (EWG) Nr. 1547/87 der Kommission⁽²³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 455/95⁽²⁴⁾;
13. Verordnung (EWG) Nr. 570/88 der Kommission⁽²⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 455/95;
14. Verordnung (EWG) Nr. 429/90 der Kommission⁽²⁶⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3337/94;
15. Verordnung (EWG) Nr. 1150/90 der Kommission⁽²⁷⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1677/95⁽²⁸⁾;
16. Verordnung (EWG) Nr. 2742/90 der Kommission⁽²⁹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2146/92⁽³⁰⁾;
17. Verordnung (EWG) Nr. 1158/91 der Kommission⁽³¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1756/93;
18. Verordnung (EWG) Nr. 3378/91 der Kommission⁽³²⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3337/94;

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 108 vom 1. 5. 1993, S. 106.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 107 vom 12. 5. 1995, S. 4.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 169 vom 18. 7. 1968, S. 4.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 118 vom 29. 4. 1989, S. 7.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 184 vom 29. 7. 1968, S. 24.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 221 vom 6. 8. 1992, S. 18.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 249 vom 11. 9. 1976, S. 6.

⁽⁸⁾ ABl. Nr. L 121 vom 6. 5. 1992, S. 5.

⁽⁹⁾ ABl. Nr. L 261 vom 25. 9. 1976, S. 12.

⁽¹⁰⁾ ABl. Nr. L 42 vom 24. 2. 1995, S. 4.

⁽¹¹⁾ ABl. Nr. L 52 vom 24. 2. 1977, S. 19.

⁽¹²⁾ ABl. Nr. L 161 vom 2. 7. 1993, S. 48.

⁽¹³⁾ ABl. Nr. L 58 vom 3. 3. 1977, S. 16.

⁽¹⁴⁾ ABl. Nr. L 135 vom 23. 5. 1987, S. 15.

⁽¹⁵⁾ ABl. Nr. L 84 vom 31. 3. 1978, S. 19.

⁽¹⁶⁾ ABl. Nr. L 208 vom 30. 7. 1991, S. 35.

⁽¹⁷⁾ ABl. Nr. L 315 vom 11. 12. 1979, S. 11.

⁽¹⁸⁾ ABl. Nr. L 314 vom 10. 11. 1982, S. 26.

⁽¹⁹⁾ ABl. Nr. L 328 vom 20. 12. 1994, S. 10.

⁽²⁰⁾ ABl. Nr. L 158 vom 18. 6. 1985, S. 7.

⁽²¹⁾ ABl. Nr. L 298 vom 12. 11. 1985, S. 9.

⁽²²⁾ ABl. Nr. L 350 vom 31. 12. 1994, S. 66.

⁽²³⁾ ABl. Nr. L 144 vom 4. 6. 1987, S. 12.

⁽²⁴⁾ ABl. Nr. L 46 vom 1. 3. 1995, S. 31.

⁽²⁵⁾ ABl. Nr. L 55 vom 1. 3. 1988, S. 31.

⁽²⁶⁾ ABl. Nr. L 45 vom 21. 2. 1990, S. 8.

⁽²⁷⁾ ABl. Nr. L 114 vom 5. 5. 1990, S. 21.

⁽²⁸⁾ ABl. Nr. L 159 vom 11. 7. 1995, S. 5.

⁽²⁹⁾ ABl. Nr. L 264 vom 27. 9. 1990, S. 20.

⁽³⁰⁾ ABl. Nr. L 214 vom 30. 7. 1992, S. 23.

⁽³¹⁾ ABl. Nr. L 112 vom 4. 5. 1991, S. 65.

⁽³²⁾ ABl. Nr. L 319 vom 21. 11. 1991, S. 40.

19. Verordnung (EWG) Nr. 3398/91 der Kommission ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3337/94;
20. Verordnung (EWG) Nr. 3763/91 des Rates ⁽²⁾, geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3714/92 ⁽³⁾;
21. Verordnung (EWG) Nr. 584/92 der Kommission ⁽⁴⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1637/95 ⁽⁵⁾;
22. Verordnung (EWG) Nr. 2174/92 der Kommission ⁽⁶⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1756/93;
23. Verordnung (EWG) Nr. 2219/92 der Kommission ⁽⁷⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1657/95 ⁽⁸⁾;
24. Verordnung (EWG) Nr. 2233/92 der Kommission ⁽⁹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1756/93;
25. Verordnung (EWG) Nr. 2234/92 der Kommission ⁽¹⁰⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1756/93;
26. Verordnung (EWG) Nr. 2235/92 der Kommission ⁽¹¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1756/93;
27. Verordnung (EWG) Nr. 1579/93 der Kommission ⁽¹²⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2838/93 ⁽¹³⁾;
28. Verordnung (EWG) Nr. 2839/93 der Kommission ⁽¹⁴⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3337/94;

29. Verordnung (EWG) Nr. 2958/93 der Kommission ⁽¹⁵⁾, geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1363/95;
30. Verordnung (EG) Nr. 3392/93 der Kommission ⁽¹⁶⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1971/94 ⁽¹⁷⁾;
31. Verordnung (EG) Nr. 3393/93 der Kommission ⁽¹⁸⁾;
32. Verordnung (EG) Nr. 1588/94 der Kommission ⁽¹⁹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1637/95.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Milch und Milcherzeugnisse —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Aufgrund der mit Wirkung vom 1. Februar 1995 vorgenommenen Anpassungen gemäß Artikel 13 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 3813/92 und Artikel 18 der Verordnung (EWG) Nr. 1068/93 werden bestimmte Preise und Beträge in Ecu im Sektor Milch und Milcherzeugnisse entsprechend dem Anhang geändert.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am siebten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Sie gilt ab dem Zeitpunkt der ersten Anwendung eines ab 1. Februar 1995 festgesetzten landwirtschaftlichen Umrechnungskurses für die Beträge in Spalte 4 und ab 1. September 1995 für die Beträge in Spalte 5 des Anhangs.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 25. Juli 1995

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 320 vom 22. 11. 1991, S. 16.
⁽²⁾ ABl. Nr. L 356 vom 24. 12. 1991, S. 1.
⁽³⁾ ABl. Nr. L 378 vom 23. 12. 1992, S. 23.
⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 62 vom 7. 3. 1992, S. 34.
⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 155 vom 6. 7. 1995, S. 29.
⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 217 vom 31. 7. 1992, S. 64.
⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 218 vom 1. 8. 1992, S. 75.
⁽⁸⁾ ABl. Nr. L 156 vom 7. 7. 1995, S. 49.
⁽⁹⁾ ABl. Nr. L 218 vom 1. 8. 1992, S. 100.
⁽¹⁰⁾ ABl. Nr. L 218 vom 1. 8. 1992, S. 102.
⁽¹¹⁾ ABl. Nr. L 218 vom 1. 8. 1992, S. 105.
⁽¹²⁾ ABl. Nr. L 152 vom 24. 6. 1993, S. 12.
⁽¹³⁾ ABl. Nr. L 260 vom 19. 10. 1993, S. 7.
⁽¹⁴⁾ ABl. Nr. L 260 vom 19. 10. 1993, S. 8.

⁽¹⁵⁾ ABl. Nr. L 267 vom 28. 10. 1993, S. 4.
⁽¹⁶⁾ ABl. Nr. L 306 vom 11. 12. 1993, S. 27.
⁽¹⁷⁾ ABl. Nr. L 198 vom 30. 7. 1994, S. 113.
⁽¹⁸⁾ ABl. Nr. L 306 vom 11. 12. 1993, S. 32.
⁽¹⁹⁾ ABl. Nr. L 167 vom 1. 7. 1994, S. 8.

ANHANG

Preise und Beträge in Ecu im Sektor Milch und Milcherzeugnisse

(in Ecu)

1	2	3	4	5
Verordnung	Textverweis	Bisheriger Betrag mit „switch-over“	Neuer Betrag ohne „switch-over“	Neuer Betrag ab 1. September 1995
(EWG) Nr. 986/68	Artikel 2 a Absatz 3	49,27 bis 78,33	59,49 bis 95,19	59,49 bis 95,19
(EWG) Nr. 1105/68	Artikel 1 a Absatz 3	47,97	57,92	58
(EWG) Nr. 2213/76	Artikel 2 Absatz 1	1	1,208	1
	Artikel 2 Absatz 2	1	1,208	1
(EWG) Nr. 2315/76	Artikel 2 Absatz 1	1	1,208	1
	Artikel 2 Absatz 2	1	1,208	1
	Artikel 4 a Absatz 1	26	31,40	31
	Artikel 4 a Absatz 2	30	36,23	36
(EWG) Nr. 368/77	Artikel 9 Absatz 6	20	24,15	24
	Artikel 10 Absatz 1	40	48,30	48
(EWG) Nr. 443/77	Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe b)	20	24,15	24
	Artikel 5 Absatz 1	3	3,623	4
(EWG) Nr. 625/78	Artikel 1 Absatz 5	10	12,08	12
	Artikel 2 Absatz 6	17	20,53	21
		0,08	0,09660	0,10
	Artikel 5 Absatz 2	0,041	0,04951	0,05
(EWG) Nr. 2770/79	Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b)	0,40	0,4830	0,50
	Artikel 5 Absatz 1	2	2,415	2
	Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe b)	3	3,623	4
(EWG) Nr. 2990/82	Artikel 3	115	138,9	138,9
(EWG) Nr. 1634/85	Artikel 1	59,22	71,51	71,51
		4,80	5,796	5,80
(EWG) Nr. 3143/85	Artikel 2 Absatz 1	170	205,3	205
	Artikel 2 Absatz 4	189	228,2	228
(EWG) Nr. 1547/87	Artikel 2	2	2,41	2,41
(EWG) Nr. 570/88	Artikel 17 Absatz 1	150	181,1	181
	Artikel 22 Absatz 4	4	4,830	4,83
(EWG) Nr. 429/90	Artikel 5 Absatz 1	150	181,1	181
	Artikel 8 Absatz 5	4	4,83	4,83
(EWG) Nr. 1150/90	Artikel 6	30	36,23	36
(EWG) Nr. 2742/90	Artikel 4 Absatz 1	240	289,80	290
(EWG) Nr. 1158/91	Artikel 4 Absatz 1	40	48,30	48
(EWG) Nr. 3378/91	Artikel 6 Absatz 1	10	12,1	12
(EWG) Nr. 3378/91	Artikel 7 Absatz 1	30	36,23	36

1	2	3	4	5
Verordnung	Textverweis	Bisheriger Betrag mit „switch-over“	Neuer Betrag ohne „switch-over“	Neuer Betrag ab 1. September 1995
(EWG) Nr. 3763/91	Artikel 6	4,96	5,989	6
(EWG) Nr. 584/92	Artikel 6	30	36,23	36
(EWG) Nr. 2174/92	Artikel 4 Absatz 1	2,80	3,381	3,38
(EWG) Nr. 2219/92	Artikel 3 Buchstabe b)	5 10 15	6,038 12,08 18,11	6 12 18
(EWG) Nr. 2233/92	Artikel 1 Absatz 2	80	96,60	96,60
(EWG) Nr. 2234/92	Artikel 1 Absatz 2	6,91	8,344	8,344
(EWG) Nr. 2235/92	Artikel 1 Absatz 2	6,91	8,344	8,344
(EWG) Nr. 1579/93	Artikel 1	1,645 1,234 0,822 0,412	1,986 1,490 0,9926 0,4975	2 1,5 1 0,5
(EWG) Nr. 2839/93	Artikel 5 Absatz 1	25	30,2	30
(EWG) Nr. 2958/93	Artikel 1 Absatz 1	15 30	18,11 36,23	18 36
(EG) Nr. 3392/93	Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a)	24,38 15,39	29,44 18,58	29,44 18,58
(EG) Nr. 3393/93	Artikel 4	2,28	2,75	2,75
(EG) Nr. 1588/94	Artikel 6	30	36,23	36

VERORDNUNG (EG) Nr. 1803/95 DER KOMMISSION

vom 25. Juli 1995

zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2253/92 mit Durchführungsbestimmungen zur Sonderregelung für die Versorgung der Kanarischen Inseln mit Erzeugnissen des Weinsektors im Wirtschaftsjahr 1994/95

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 822/87 des Rates vom 16. März 1987 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1544/95 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 56 Absatz 4,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1601/92 des Rates vom 15. Juni 1992 zur Einführung von Sondermaßnahmen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse zugunsten der Kanarischen Inseln ⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3290/94 ⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 3 Absatz 4 und Artikel 7 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Bedarfsvorausschätzung und die zu gewährenden Beihilfen wurden festgelegt mit der Verordnung (EWG) Nr. 2253/92 der Kommission ⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 3332/94 ⁽⁶⁾. Angesichts der besonderen Lage, die sich auch den Kanarischen Inseln wegen Schließung des einzigen Betriebs ergeben hat, in

dem eingeführter Wein in Flaschen abgefüllt wurde, sollte die für die Einfuhr von Wein in Flaschen vorgesehene Menge angepaßt werden. Zweck dieser Maßnahme ist es, der erhöhten Nachfrage zu entsprechen.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Wein —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Anhänge I und II der Verordnung (EWG) Nr. 2253/92 werden durch die Anhänge I und II der vorliegenden Verordnung ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 25. Juli 1995

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 84 vom 27. 3. 1987, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 148 vom 30. 6. 1995, S. 31.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 173 vom 27. 6. 1992, S. 13.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 105.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 219 vom 4. 8. 1992, S. 30.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 350 vom 31. 12. 1994, S. 56.

ANHANG I

Bedarfsvorausschätzung der Kanarischen Inseln für Erzeugnisse des Weinsektors — Zeitraum vom 1. September 1994 bis 31. August 1995

		(in Hektoliter)
KN-Code	Warenbezeichnung	Menge
ex 2204 21 79 ex 2204 21 80 ex 2204 21 83 ex 2204 21 84	Wein : — — mit Ursprung in Drittländern : Wein, der in seiner Bezeichnung oder Aufmachung den Namen des Ursprungslands führt, aber keine sonstigen geographischen Bezeichnungen oder Angaben — — mit Ursprung in der Gemeinschaft : Tafelwein im Sinne von Ziffer 13 des Anhangs I der Verordnung (EWG) Nr. 822/87	120 500
ex 2204 29 62 ex 2204 29 64 ex 2204 29 65 ex 2204 29 71 ex 2204 29 72 ex 2204 29 75 ex 2204 29 83 ex 2204 29 84	Wein : — — mit Ursprung in Drittländern : Wein, der in seiner Bezeichnung oder Aufmachung den Namen des Ursprungslands führt, aber keine sonstigen geographischen Bezeichnungen oder Angaben — — mit Ursprung in der Gemeinschaft : Tafelwein im Sinne von Ziffer 13 des Anhangs I der Verordnung (EWG) Nr. 822/87	129 500
	Insgesamt	250 000

ANHANG II

Beihilfebeträge für aus dem Gemeinschaftsmarkt stammende Erzeugnisse gemäß
Anhang I

(in ECU)

Produktcode ⁽¹⁾	Note	Beihilfebeträge, anwendbar auf Erzeugnisse mit Ursprung in der Gemeinschaft
2204 21 79 110	⁽²⁾	4,782
2204 21 79 190	⁽³⁾	1,437
2204 21 79 910	⁽²⁾	4,782
2204 21 80 190	⁽³⁾	1,437
2204 21 83 110	⁽²⁾	4,782
2204 21 83 190	⁽³⁾	1,437
2204 21 84 190	⁽³⁾	1,437
2204 29 62 110	⁽²⁾	4,782
2204 29 62 190	⁽³⁾	1,437
2204 29 62 910	⁽²⁾	4,782
2204 29 64 110	⁽²⁾	4,782
2204 29 64 190	⁽³⁾	1,437
2204 29 64 910	⁽²⁾	4,782
2204 29 65 110	⁽²⁾	4,782
2204 29 65 190	⁽³⁾	1,437
2204 29 65 910	⁽²⁾	4,782
2204 29 71 190	⁽³⁾	1,437
2204 29 72 190	⁽³⁾	1,437
2204 29 75 190	⁽³⁾	1,437
2204 29 83 110	⁽²⁾	4,782
2204 29 83 190	⁽³⁾	1,437
2204 29 84 190	⁽³⁾	1,437

⁽¹⁾ Die Produktcodes stammen aus der Verordnung (EWG) Nr. 3846/87 der Kommission (ABl. Nr. L 366 vom 24. 12. 1987, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1628/95 (ABl. Nr. L 155 vom 6. 7. 1995, S. 9).

⁽²⁾ ECU je Hektoliter Erzeugnismenge.

⁽³⁾ ECU je Volumenprozent (%/vol) und Hektoliter Erzeugnismenge (Gesamtalkoholgehalt gemäß der Definition in Anhang II der Verordnung (EWG) Nr. 822/87).

VERORDNUNG (EG) Nr. 1804/95 DER KOMMISSION

vom 25. Juli 1995

über die Einfuhrlizenzen für aus den Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean (AKP-Staaten) oder in den überseeischen Ländern und Gebieten (ÜLG) stammende Geflügelfleischerzeugnisse

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 715/90 des Rates vom 5. März 1990 über die Regelung für landwirtschaftliche Erzeugnisse und bestimmte aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen hergestellte Waren mit Ursprung in den AKP-Staaten oder in den überseeischen Ländern und Gebieten (ÜLG)⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2484/94⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 27,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Nach Artikel 4 Absatz 5 der Verordnung (EWG) Nr. 903/90 der Kommission⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1505/95⁽⁴⁾, beschließt die Kommission, in welchem Maße den Anträgen auf Erteilung von Einfuhrlizenzen stattgegeben werden kann. Die betreffende Einfuhr muß jedoch im Rahmen eines Kontingents getätigt werden.

Zwischen dem 1. und 10. Juli 1995 wurden im Rahmen der festgesetzten Kontingente Lizenzen beantragt.

Die Anwendung der Verordnung (EWG) Nr. 715/90 wird durch die Verordnung (EWG) Nr. 444/92 des Rates⁽⁵⁾ bis zum 29. Februar 2000 verlängert —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Es wird allen Anträgen stattgegeben, die gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 903/90 für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1995 gestellt werden.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 26. Juli 1995 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 25. Juli 1995

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 84 vom 30. 3. 1990, S. 85.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 265 vom 15. 10. 1994, S. 3.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 93 vom 10. 4. 1990, S. 20.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 147 vom 30. 6. 1995, S. 21.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 52 vom 27. 2. 1992, S. 7.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1805/95 DER KOMMISSION**vom 25. Juli 1995****zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 3223/94 der Kommission vom 21. Dezember 1994 mit Durchführungsbestimmungen zu der Regelung der Einfuhr von Obst und Gemüse ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1740/95 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 4 Absatz 1,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3813/92 des Rates vom 28. Dezember 1992 über die Rechnungseinheit und die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anzuwendenden Umrechnungskurse ⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 150/95 ⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 3 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die in Anwendung der Ergebnisse der multilateralen Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde von der

Kommission festzulegenden, zur Bestimmung der pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigenden Kriterien sind in der Verordnung (EG) Nr. 3223/94 für die in ihrem Anhang angeführten Erzeugnisse und Zeiträume festgelegt.

In Anwendung der genannten Kriterien sind die im Anhang zur vorliegenden Verordnung ausgewiesenen pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die in Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 3223/94 genannten pauschalen Einfuhrwerte sind in der Tabelle im Anhang zur vorliegenden Verordnung festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 26. Juli 1995 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 25. Juli 1995

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 337 vom 24. 12. 1994, S. 66.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 167 vom 18. 7. 1995, S. 10.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 387 vom 31. 12. 1992, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 22 vom 31. 1. 1995, S. 1.

ANHANG

zu der Verordnung der Kommission vom 25. Juli 1995 zur Festlegung pauschaler
Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden
Einfuhrpreise

(ECU/100 kg)			(ECU/100 kg)		
KN-Code	Drittland-Code (1)	Pauschaler Einfuhrpreis	KN-Code	Drittland-Code (1)	Pauschaler Einfuhrpreis
0702 00 35	052	47,7		508	87,2
	060	80,2		512	54,6
	066	41,7		524	45,8
	068	32,4		528	61,7
	204	50,9		800	97,8
	212	117,9		804	84,7
	624	75,0		999	71,7
	999	63,7			
0707 00 25	052	50,1	0808 20 51	052	84,9
	053	166,9		388	56,5
	060	39,2		512	46,8
	066	53,8		528	55,8
	068	60,4		800	55,8
	204	49,1		804	64,8
	624	207,3		999	60,8
	999	89,5			
0709 90 77	052	55,6	0809 10 40	052	64,6
	204	77,5		064	103,7
	624	196,3		999	84,1
	999	109,8			
0805 30 30	388	62,9	0809 20 51, 0809 20 59	052	150,1
	512	77,9		061	164,3
	524	60,9		064	254,1
	528	57,0		068	262,6
	600	54,7		400	173,8
	624	78,0		624	239,5
	999	65,2		676	166,2
				999	201,5
0806 10 40	600	151,6	0809 30 31, 0809 30 39	052	59,2
	624	152,7		220	121,8
	999	152,2		624	106,8
				999	95,9
0808 10 71, 0808 10 73, 0808 10 79	039	79,3	0809 40 30	064	144,0
	388	69,8		624	245,1
	400	64,2		999	194,6

(1) Nomenklatur der Länder gemäß Verordnung (EG) Nr. 3079/94 der Kommission (ABl. Nr. L 325 vom 17. 12. 1994, S. 17). Der Code „999“ steht für „Verschiedenes“.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1806/95 DER KOMMISSION
vom 25. Juli 1995
zur Änderung der im Zuckersektor für bestimmte Erzeugnisse geltenden
repräsentativen Preise und zusätzlichen Einfuhrzölle

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates
vom 30. Juni 1981 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Zucker ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung
(EG) Nr. 1101/95 ⁽²⁾,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1423/95 der
Kommission vom 23. Juni 1995 mit Durchführungsbe-
stimmungen zur Einfuhr von Erzeugnissen des Zucker-
sektors außer Melasse ⁽³⁾, insbesondere auf Artikel 1
Absatz 2 zweiter Unterabsatz und Artikel 3 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die bei der Einfuhr von Weißzucker, Rohzucker und
bestimmtem Sirup zu berücksichtigenden repräsentativen
Preise und zusätzlichen Einfuhrzölle wurden durch die

Verordnung (EG) Nr. 1568/95 der Kommission ⁽⁴⁾, zuletzt
geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1781/95 ⁽⁵⁾, fest-
gesetzt.

Die Anwendung der mit der Verordnung (EG) Nr.
1423/95 erlassenen Festsetzungsbestimmungen auf die
Angaben, die der Kommission vorliegen, hat die Ände-
rung der geltenden Beträge gemäß dem Anhang zur
vorliegenden Verordnung zur Folge —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die bei der Einfuhr der in Artikel 1 der Verordnung (EG)
Nr. 1423/95 genannten Erzeugnisse anzuwendenden
repräsentativen Preise und zusätzlichen Zölle sind im
Anhang festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 26. Juli 1995 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 25. Juli 1995

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 110 vom 17. 5. 1995, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 141 vom 24. 6. 1995, S. 16.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 150 vom 1. 7. 1995, S. 36.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 173 vom 25. 7. 1995, S. 43.

ANHANG

zu der Verordnung der Kommission vom 25. Juli 1995 zur Änderung der bei der Einfuhr von Weißzucker, Rohzucker und der Erzeugnisse des KN-Codes 1702 90 99 anwendbaren repräsentativen Preise und zusätzlichen Zölle

(in ECU)

KN-Code	Repräsentativer Preis je 100 kg Eigengewicht	Zusätzlicher Zoll je 100 kg Eigengewicht
1701 11 10 ⁽¹⁾	26,53	3,33
1701 11 90 ⁽¹⁾	26,53	8,27
1701 12 10 ⁽¹⁾	26,53	3,19
1701 12 90 ⁽¹⁾	26,53	7,84
1701 91 00 ⁽²⁾	34,23	8,12
1701 99 10 ⁽²⁾	34,23	4,07
1701 99 90 ⁽²⁾	34,23	4,07
1702 90 99 ⁽³⁾	0,34	0,32

⁽¹⁾ Festsetzung für die Standardqualität gemäß Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 431/68 des Rates (ABl. Nr. L 89 vom 10. 4. 1968, S. 3).

⁽²⁾ Festsetzung für die Standardqualität gemäß Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 793/72 des Rates (ABl. Nr. L 94 vom 21. 4. 1972, S. 1).

⁽³⁾ Festsetzung pro 1 % Saccharosegehalt.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1807/95 DER KOMMISSION

vom 25. Juli 1995

über die Festsetzung des Umfangs, in dem die im Juli 1995 gestellten Anträge auf Einfuhrlicenzen für bestimmte Produkte des Sektors Eier entsprechend der Verordnung (EG) Nr. 1474/95 genehmigt werden können

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1474/95 der
Kommission vom 28. Juni 1995 zur Eröffnung und
Verwaltung der Zollkontingente im Eiersektor und für
Albumine im Anschluß an die im Rahmen der multilate-
ralen Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde
geschlossenen Übereinkünfte⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel
5 Absatz 5,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Mengen, die auf die für das dritte Vierteljahr 1995
gestellten Einfuhrlicenzanträge entfallen, sind bei
mehreren Erzeugnissen kleiner als die verfügbaren
Mengen. Es kann ihnen deshalb vollständig stattgegeben
werden. Bei anderen Erzeugnissen wurden dagegen
höhere Mengen beantragt, so daß die betreffenden

Anträge, zur Gewährleistung einer gerechten Aufteilung,
um einen fixen Prozentsatz verringert werden müssen.

Bezüglich derselben Erzeugnisgruppe sollte die Über-
schußmenge bestimmt werden, die der für den folgenden
Zeitraum verfügbaren Menge hinzuzufügen ist —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

(1) Den Anträgen auf Einfuhrlicenzen, die gemäß der
Verordnung (EG) Nr. 1474/95 für den Zeitraum vom 1.
Juli bis 30. September 1995 gestellt wurden, wird entspre-
chend dem Anhang I stattgegeben.

(2) In den ersten zehn Tagen des Zeitraums vom 1.
Oktober bis 31. Dezember 1995 dürfen Anträge auf
Einfuhrlicenzen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1474/95
für insgesamt die Mengen gestellt werden, die im Anhang
II ausgewiesen sind.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 26. Juli 1995 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 25. Juli 1995

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 145 vom 29. 6. 1995, S. 19.

ANHANG I

Nummer der Gruppe	Prozentsatz der Genehmigung der gestellten Lizenzanträge für den Zeitraum vom 1. Juli bis 30. September 1995
E1	100,00
E2	82,82
E3	100,00

*ANHANG II**(in Tonnen)*

Nummer der Gruppe	Für den Zeitraum vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1995 insgesamt verfügbare Menge
E1	47 463,00
E2	1 750,00
E3	4 560,81

BERICHTIGUNGEN**Berichtigung der Verordnung (EG) Nr. 1780/95 der Kommission vom 24. Juli 1995 über die Erteilung von Ausfuhrlicenzen für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse**

(Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 173 vom 25. Juli 1995)

Seite 42, Artikel 1 erster Unterabsatz :

anstatt : „... Verordnung (EG) Nr. 1489/95 ...“

muß es heißen : „... Verordnung (EG) Nr. 1430/95 ...“

Seite 42, Artikel 1 zweiter Unterabsatz :

anstatt : „20. Oktober 1995“

muß es heißen : „25. Oktober 1995“.
